Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Telegramm-Adresse „Tageblatt", Riesa. Fernsprechstelle Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

47. Jahrg.

№ 20. Donnerstag, 25. Januar 1894, Abends.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Zur Feier des **Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers** soll am **27. Januar, vormittags 10 Uhr** im Schulsaale ein **Festaktus** abgehalten werden, zu welchem die Kaiserlichen und Königlichen Behörden unserer Stadt, die Eltern und Pfleger unserer Schüler, sowie Freunde unseres Schulwesens hierdurch ergebenst eingeladen werden.

Riesa, am 20. Januar 1894.

Die Direktion der städtischen Schulen.
Bach.

Tagesgeschichte.

Die gesammte Presse beschäftigt sich mit der in Aussicht stehenden Aussöhnung des Kaisers und des Altreichscanzlers und erfreulicher Weise scheint die letztere einen glücklichen Fortgang zu nehmen. Fürst Bismarck wird, wie im Reichstage verlautete, bereits morgen, 26. Januar, zum Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers in Berlin eintreffen. — Der Fürst wird im Berliner Schlosse wohnen. Die Zimmer werden für ihn eingerichtet.

Der „Post" wird von ihrem parlamentarischen Berichterstatter bestätigt, daß der Kaiser an den Fürsten Bismarck noch ein zweites huldvolles Handschreiben richtete, worin er nochmals dem Wunsche Ausdruck gab, den Fürsten sobald als möglich in Berlin zu sehen, und ihm die besten Parterreräume des königlichen Schlosses zur Verfügung stellte. Es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Fürst bereits am Freitag Morgen kommt, aber schon am Abend wieder abreist, um den Anstrengungen des Festtrubels zu entgehen. Im ersten kaiserlichen Handschreiben war besonders betont, der Kaiser werde es schmerzlich bedauern, unter der Zahl der Gratulanten zu seinem 25jährigen militärischen Jubiläum den Mann zu vermissen, der unter dem hochseligen Kaiser Wilhelm vor Allem dabei mitgewirkt habe, das Schwert Preußens und Deutschlands zu schleifen.

Der „Frankf. Ztg." wird aus Berlin gemeldet: „Der thatsächliche Hergang hat sich nach zuverlässigen Mittheilungen in folgender Weise vollzogen: Graf Herbert Bismarck war am Sonntag zum Ordensfest eingeladen und zwar auf Grund allgemein giltiger Vorschriften und nicht etwa auf speciellen Befehl des Kaisers. Er wurde von der Kaiserin, dem Prinzen Heinrich und anderen Mitgliedern des königlichen Hauses freundlich begrüßt, und die Minister Graf Eulenburg und Dr. Miquel verkehrten auffallend intim mit ihm. Er wurde dann, als der Kaiser Cercle hielt, von zwei Kammerherren auf Befehl des Oberhofmarschalls Grafen Eulenburg in den Kreis der Personen geführt, mit denen der Kaiser sprechen sollte. Er selbst mag angenommen haben, daß dies auf Anordnung des Kaisers geschehe; aber der Kaiser sprach nicht mit ihm und vermied ihn sogar in ganz auffallender Weise. Diese Scene bildete seit gestern das Gespräch in politischen Kreisen. Die Augenzeugen hatten den Eindruck, daß der Kaiser sich eine Annäherung an den Grafen Herbert Bismarck, die wie eine Aussöhnung ausgesehen haben würde, nicht habe octroyiren lassen wollen. Darüber soll der Kaiser gestern mit dem Staatssecretär v. Marschall während eines Vortrages gesprochen haben und während dieses Vortrages soll er den Entschluß gefaßt haben, sich mit dem Vater auszusöhnen. Darauf erfolgte die Entsendung des Flügeladjutanten Grafen Moltke nach Friedrichsruh mit der nun historisch gewordenen Flasche Wein, und es kam die Antwort des Fürsten Bismarck nun zurück, in der er für die Theilnahme des Kaisers dankte, schrieb, daß er die Flasche am Geburtstage des Kaisers auf dessen Wohl trinken werde, und die Hoffnung aussprach, ihm in der nächsten Woche in Berlin persönlich zu danken."

Die gesammte Wiener Presse bespricht an leitender Stelle die Aussöhnung des deutschen Kaisers mit dem Fürsten Bismarck in Ausdrücken, welche zu diesem sensationellen Ereignisse volle Zustimmung geben. Die „N. Fr. Pr." schreibt: Der Kaiser habe etwas menschlich Großes vollbracht, und es sei ein großer Mann, um dessentwillen es geschah; in einem anderen Sinne, als Bismarck nach seinem Sturze es aussprach, habe sich das Wort erfüllt: „Le roi me reverra". Wenn in Zukunft, so meint das Blatt, Fürst Bismarck von seinem Buchenwalde aus als befreundeter Rathgeber wieder Einfluß üben werde, dann dürften vielleicht auch die politischen Folgen der Aussöhnung zwischen Berlin und Friedrichsruh offenbar werden, welche jetzt, im Lichte persönlicher Motive betrachtet, mehr von menschlicher als von politischer Seite die theilnahmsvolle Aufmerksamkeit der Welt gefangen halte. Von den großen Londoner Morgenblättern constatiren nur der „Standard" und die „Daily News" die Versöhnung des Kaisers Wilhelm mit dem Fürsten Bismarck. Der „Standard" beglückwünscht enthusiastisch den Kaiser zu seinem Entschluß. Der Artikel schließt mit den Worten: Die Geschicklichkeit Caprivis wird von keinem unparteiischen Richter geleugnet werden, und er ist nicht der einzige fähige Minister, auf dessen Urtheil sich der Kaiser verlassen kann. Aber so lange der Mann, welcher das Reich gründen half, nicht als Vertrauensrath an der Seite des kaiserlichen Thrones steht, wird immer etwas fehlen. Die „Daily News" sehen die Sache ungleich kühler an. Man müsse abwarten. „Es ist schwer einzusehen, wie ein solcher Herr und ein solcher Diener ohne Concessionen versöhnt werden können, die Keiner zu machen geneigt sein dürfte. Jeder hat zu viel zu vergessen: der Fürst die Demüthigung, die ihm bei der Entlassung widerfahren, der Kaiser die freie Kritik, welcher seine Politik durch den Excanzler ausgesetzt gewesen ist. Fürst Bismarck ist jedenfalls der Letzte, der den passiven Gehorsam ausübt, welchen er predigte, als er und der Monarch Hand in Hand arbeiteten."

Deutsches Reich. Die „Köln. Ztg." meldet, daß der Kaiser mehrfach seine Verstimmung über eine neuerdings hartnäckig laut gewordene falsche Auffassung seines innerlichen Verhältnisses zum Fürsten Bismarck ausgesprochen hat. „Es ist ihm von einem Theile der öffentlichen Meinung untergeschoben worden, er lege ein besonderes Gewicht darauf, daß auf dem Nationaldenkmal für seinen kaiserlichen Großvater Fürst Bismarck keine Stelle finde. Dieser irrigen Ansicht gegenüber hat der Kaiser wiederholt betont, daß er der Letzte sei, der nicht die außerordentlichen Verdienste des Fürsten Bismarck um das Deutsche Reich vollauf anerkenne. Vielleicht ist es nicht zu kühn, anzunehmen, daß gerade aus dieser Gedankenstimmung heraus bei dem Ordensfeste, an dem der Kaiser so viele Zeichen seines persönlichen Wohlwollens zu geben in der Lage war, die Entsendung des Flügeladjutanten Grafen Kuno Moltke nach Friedrichsruh befohlen worden ist." — Die „Hamb. Nachr." beschränken sich vorerst auf eine Wiedergabe der Nachrichten anderer Blätter über die Aussöhnung und bemerken nur, daß sie deren Veröffentlichung „nach eingezogenen Erkundigungen für unbedenklich halten dürfen". Die „Frankf. Ztg." meldet aus Berlin, daß man in agrarischen Kreisen befürchte, die Aussöhnung des Kaiser mit dem Fürsten Bismarck könne zu Gunsten des deutsch-russischen Handelsvertrages verwerthet werden. Um dieses zu verhindern, sei bereits an den Grafen Herbert Bismarck telegraphirt worden. — In der „Nat.-Ztg." lesen wir: „Wie wir hören, hatte der Kaiser schon um Weihnachten einen neuen Schritt des Entgegenkommens in Erwägung gezogen. Am Sonntag, nach dem Ordensfeste, ist er dann beschlossen worden und hat der Flügeladjutant Graf Moltke den Auftrag erhalten, nach Friedrichsruh zu reisen. In der Presse wird viel darüber gesprochen, ob die Anwesenheit des Grafen Herbert Bismarck beim Ordensfest, der bei demselben zum ersten Mal seit 1890 erschienen war, mit dem Entschluß des Kaisers in irgend welchem Zusammenhange stand. Unmittelbar jedenfalls nicht, denn Graf Bismarck war nur ebenso wie alle anderen, in Berlin anwesenden inactiven Staatsminister geladen und der Kaiser hatte ihn, obgleich er in der Nähe des Grafen sich längere Zeit unterhielt, nicht angesprochen. Mittelbar mag der Anblick des Sohnes des großen Staatsmannes jedoch wohl dazu beigetragen haben, den seit Wochen erwogenen Entschluß zur Reife zu bringen."

Der Freiherr von Thüngen hat dem Grafen Caprivi, der bekanntlich gegen ihn wegen seines offenen Briefes Klage gestellt hat, vorläufig recht grob geantwortet. Er brachte in einer in Burgesrach (Oberfranken) unter seinem Vorsitz abgehaltenen Versammlung folgende Entschließung zur Annahme: „Wir Bauern erklären jeden Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland, bei welchem die vor dem Zollkrieg bestandenen wirthschaftlichen Zölle eine Herabminderung erfahren, für einen Verrath an der deutschen Landwirthschaft und dem deutschen Bauernstande. Zugleich sprechen wir der derzeitigen Reichsregierung, insonderheit dem Reichskanzler Grafen Caprivi, dessen gesammte Regierungshandlungen vom Sansibarvertrag mit England an bis herab zu den Handelsverträgen eine fortlaufende Reihe großer Fehler und Mißgriffe gewesen sind zum unermeßlichen Schaden des Deutschen Reiches und Volkes und durch dessen Mißwirthschaft dasselbe im Innern der Verarmung und nach Außen der Mißachtung entgegengeführt wird, unser unbegrenztes Mißtrauen aus."

Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt, gegenüber den vielfach völlig irrthümlichen Preßmeldungen müsse darauf hingewiesen werden, daß der Entwurf eines Weinsteuergesetzes auf den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz beruhe, auf Grund deren das Weinsteuerprojekt unter Zuziehung auch süddeutscher Staatskommissarien ausgearbeitet und vom Bundesrath genehmigt wurde. Gegenüber den gehässigen Angriffen auf die Kontrolmaßregeln sei darauf hinzuweisen, daß dieselben Kontrolvorschriften auch in den Reichslanden, und in Baden sogar theilweise noch schärfer bestehen.

Die Insel Helgoland hat England bekanntlich auch unter deutscher Herrschaft das Reservatrecht zu wahren verstanden, daß dort Trauungen ohne vorheriges Aufgebot vorgenommen werden dürfen. Von dieser Vergünstigung haben im Jahre 1893 immerhin 42 auswärtige Brautpaare Gebrauch gemacht.

Unter dem Titel „Socialistisches" schreibt die „Freis. Ztg.": „Eine Sperre ist nun gar über die Druckerei des „Vorwärts", des socialdemokratischen Parteiorgans, von dem Vorstand der Freien Vereinigung der Stereotypeure und Galvanoplastiker verhängt worden. Der „Vorwärts" selbst muß ein Inserat des Vorstandes bringen, worin alle Mitglieder gewarnt werden, „nicht eher Stellung im „Vorwärts" anzunehmen, bis die Angelegenheit durch den Verein geregelt ist." Hieran schließt sich als Antwort ein Inserat, in dem der Faktor Rosen verkündet, daß Herr Schimansky (der Wortführer der Stereotypeure) seine Stellung gekündigt hat, jetzt die Kündigung ableugnet, daß er sich als „Opfer hingestellt" und auf diese Weise „jedes Anrechts auf Glaubwürdigkeit sich entäußert hat." Vom Expropriiren der Expropriateure scheint darnach die Socialdemokratie auf das Boycottiren der Boycotteure verfallen zu sein. Nette Brüder des Zukunftsstaates!

Der conservative Vorstoß gegen die Handels- und Agrarpolitik der Reichsregierung ist jetzt auch im Abgeordnetenhause eröffnet. Die Anfrage, ob die Staatsregierung im Bundesrathe dahin wirken wolle, daß ferner eine Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle enthaltende Handelsverträge nicht zum Abschluß gelangen ohne eine Ausgleichung mit den Geldwerthverhältnissen der Concurrenzländer, enthält mittelbar einen Protest gegen den russischen Handelsvertrag. In dem russischen Vertrag, wie er vorliegt, ist eine solche Ausgleichung nicht enthalten, ebenso wenig wie in anderen Handelsverträgen mit Ländern, die ebenfalls unter Valutaschwankungen leiden, wenn auch nicht in so hohem Grad wie Rußland. Es ist nicht zu verkennen, daß durch die schwankenden Valutaverhältnisse alle Zolltarifabmachungen von veränderlicher Wirkung sind und zum Theil illusorisch werden. Gegenwärtig müssen alle Zölle sowohl bei der Einfuhr, als auch bei der Ausfuhr in Gold bezahlt werden. Es liegt auf der Hand, daß dabei Länder mit sicherer Goldwährung schlechter fahren, als Länder mit schwankendem Papiercours. Die Forderung einer wechselnden Scala des Zolltarifs nach den Bewegungen des Courses ist an und für sich nicht unberechtigt und steht nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der deutschen Währungsfrage. Indessen würden sich doch wohl sehr große praktische Schwierigkeiten ergeben und eine Verständigung mit Rußland über diese Frage wäre schwerlich zu erreichen. Man darf auf die Erklärungen gespannt sein, welche die Regierung bei Beantwortung dieser Interpellation abgeben wird. Sie will unmittelbar nach Erledigung der ersten Etatsberathung auf die Tagesordnung kommen. Die Interpellation ist übrigens fast von der gesammten conservativen und freiconservativen Partei unterschrieben.